

Sonderausgabe zur Zweiten Lesung des Haushalts 2017



Quellenangabe: laudia Hautumm / pixelio.de

29,866 Millionen Euro – so groß ist das Volumen der Anträge, die die Fraktionen von SPD und Grünen in der ersten Runde der Haushaltsberatungen zur 2. Lesung im Landtag eingebracht haben. Mit diesen Anträgen wurden haushaltspolitische Schwerpunkte in verschiedenen, wichtigen Politikfeldern gesetzt.

Zum Nachlesen gibt es hier Infos zu den einzelnen Feldern aus dem Newsletter Nr. 114 der SPD-Landtagsfraktion vom 30.11.2016:

Eine-Welt Politik:

Insgesamt 1,1 Millionen Euro zusätzlich stellen wir für Entwicklungszusammenarbeit und internationale Austauschprogramme bereit. Das Geld kommt unter anderem der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit zugute und dient der Informationsarbeit vor Ort.

Stärkung Ehrenamt:

1,8 Millionen Euro erhalten die Feuerwehren vor Ort für die Nachwuchsgewinnung. Weitere 1,6 Millionen Euro bekommen die Betreuungsvereine für ihre Arbeit. Im Justizbereich werden eine Million Euro u. a. für freie Träger der Straffälligenhilfe und zur Förderung der ehrenamtlichen Arbeit bereitgestellt.

*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,*

in der ersten Plenarwoche im Dezember steht die zweite Lesung des Haushalts für 2017 im Mittelpunkt. In den Beratungen über die Einzelpläne werden wichtige Themen wie beispielsweise das Turbo-Abitur oder das umstrittene Atomkraftwerk Tihange besprochen. Gut 13 Stunden wurden an den beiden Plenartagen für diese zweite Lesung angesetzt. Unser Newsletter beschäftigt sich deshalb dieses Mal auch schwerpunktmäßig mit dem Haushaltsentwurf für 2017. Beim nächsten Plenum Mitte Dezember ist dann die dritte Lesung geplant.

Allen Leserinnen und Lesern wünschen wir bis dahin eine besinnliche Adventszeit und natürlich eine gute Lektüre!

Jochen Ott



Die Kölner SPD-MdL

Effiziente Verwaltung:

Wir schaffen zehn Stellen zur Bekämpfung von Geldwäsche bei den Bezirksregierungen. Weitere zehn Stellen werden bei den Planfeststellern zur Sicherstellung der Abrufung von Bundesmitteln eingerichtet. Darüber hinaus erhöhen wir die Mittel für die Nachwuchswerbung in der Finanzverwaltung. Im Angestelltenbereich schaffen wir etwa 90 Stellen. Wir geben so mehr als 4,5 Millionen Euro für diesen Bereich aus.



Quellenangabe: Gisbert Heim / pixelio.de

Innovation und Digitalisierung:

Wir stellen 2,5 Millionen Euro bereit, um die Kommunen bei der Umsetzung von E-Governmentstrategien zu unterstützen. Die Verbraucherzentralen erhalten 150.000 Euro, um ihre Beratungsangebote bei Fragen zum Thema Digitalisierung auszubauen. Die Modellvorhaben von stationärem und Onlinehandel werden ausgebaut, da das Projekt sehr erfolgreich läuft. Den Games-Bereich und innovative Medienformate stärken wir mit 700.000 Euro.

Die Fachhochschule Bielefeld plant ihr bisheriges Angebot zu erweitern. Die Studiengänge Mechatronik/Automation und Wirtschaftsingenieurwesen sollen um die Studiengänge Logistik, Product-Service-Engineering und Digitale Technologien beziehungsweise Data Science ergänzt werden. Alle Studiengänge sollen praxisintegriert und auch auf Englisch angeboten werden. Hierfür gibt das Land 2,6 Millionen Euro zusätzlich.

Soziales und Inklusion:

Die Krebsberatungsstellen erhalten 500.000 Euro mehr. Zudem geben wir 350.000 Euro zusätzlich für Projekte zur gesellschaftlichen Inklusion. Des Weiteren implementieren wir einen Studiengang für Gebärdendolmetscher an der Universität Köln und stellen dafür 430.000 Euro bereit.

Gemeindefinanzierungsgesetz:

Auch im Jahr 2017 können die nordrhein-westfälischen Kommunen wieder mit einer deutlichen Unterstützung durch das Land rechnen. Durch das Gemeindefinanzierungsgesetz 2017 (GFG 2017) wird den Städten, Gemeinden und Kreisen die Rekordsumme in Höhe von insgesamt 10,64 Milliarden Euro zur Verfügung stehen. Dies sind über 260 Millionen Euro mehr als im vergangenen Jahr. Noch nie gab es in Nordrhein-Westfalen höhere Zuweisungen an die Kommunen. Es ist vorgesehen, die Regelungen des GFG 2016 hinsichtlich der aus den Grunddaten zu entwickelnden Parameter (Gewichtungsfaktoren der Nebenansätze, Hauptansatzstaffel, fiktive Realsteuerhebesätze) im GFG 2017 beizubehalten. Die Verabschiedung des GFG 2017 im nordrhein-westfälischen Landtag ist für das zweite Dezember-Plenum geplant, am Donnerstag wird es erstmals im Plenum beraten.

Kultur:

Insgesamt stellen wir sieben Millionen Euro zusätzlich für verschiedene Projekte bereit. Kultur leistet Integration durch Wertevermittlung und führt den zivilisierten Diskurs in welcher Gesellschaft wir leben wollen. Dafür wollen wir beispielsweise am Theater Ruhr ein Projekt fördern. Wir werden zudem die bestehenden Strukturen und Institutionen stärken. Darunter fällt eine deutliche Mittelerhöhung für die Landesmusikakademie und das Museum Insel Hombroich. Bereits für den Haushalt 2016 wurde der Etat durch Anträge der Fraktionen um 3,1 Millionen Euro aufgestockt. Der Kulturhaushalt hat nun eine Rekordhöhe von mehr als 200 Millionen Euro.

[Hier geht es zum Gesetzesentwurf der Landesregierung 16 / 12500:](#)

Bitte hier [klicken](#)

Erhöhung des Kulturetats



Quellenangabe: Tomizak / pixelio.de

Erstmalig seit 70 Jahren ist der Kulturetat des Landes Nordrhein-Westfalens auf 200 Millionen Euro angehoben worden. Der Ausschuss für Kultur und Medien hat die Erhöhung des Etats um 7 Millionen Euro auf Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ohne Gegenstimme beschlossen. „Dies ist ein deutliches Signal zur Stärkung der Kunst- und Kulturschaffenden in NRW.“

Eine starke kulturelle Landschaft ist zentral für den Zusammenhalt der Gesellschaft, fördert die permanente Reflexion von Normen und Werten und trägt zur Weiterentwicklung der Gesellschaft bei“ betont die Landtagsabgeordnete Lisa Steinmann, Mitglied des Kultur- und Medienausschuss.

Die Mittelerrhöhung kommt vor allem den Bibliotheken, der kulturellen Bildung, den Theatern und der freien Szene zugute. „Dass insbesondere die Träger der kulturellen Bildung und die Bibliotheken gestärkt werden freut mich sehr. Gerade in diesem Bereich ist Köln mit der Stadtbibliothek sehr gut aufgestellt, die 2015 Bibliothek des Jahres war und Vorreiter der Digitalisierung und Medienkompetenz ist“ so Lisa Steinman weiter. Die sieben Millionen Euro sind nachhaltig investiertes Geld.

Politische Bildung ist demokratische Bildung

Nachdem der Etat der Landeszentrale für Politische Bildung bereits auf 13,6 Mio. Euro angehoben worden ist, hat der Landtag in zweiter Lesung des Haushalts weitere 750.000 Euro für Maßnahmen zur Salafismusprävention bewilligt. Die Idee des radikalen und gewalttätigen Salfismus strahlt eine große Anziehungskraft auf insbesondere junge Menschen aus. Insbesondere die Zahlen der jungen Männer und Frauen, die sich im Laufe des vergangenen Jahres dem sog. Islamischen Staat in Syrien und Irak angeschlossen haben sind Besorgnis erregend. Hier ist viel Präventionsarbeit nötig, aber auch denjenigen, die zurückkehren muss durch Aussteiger-Programme die Möglichkeit gegeben werden sich wieder in der Gesellschaft einzuleben.

„Die salafistische Ideologie steht entgegengesetzt zu den Grundpfeilern unserer liberalen, freiheitlich, demokratischen Grundordnung. Sie ist einengend und rückwärtsgewandt. Warum sie dennoch anziehend für Menschen ist, muss geklärt werden. Vor allem steht im Vordergrund, dass wir gemeinsam für Demokratie werben und Respekt und Toleranz vermitteln“ bekräftigt die Landtagsabgeordnete Lisa Steinmann. „Wenn wir weiterhin in einer demokratischen Gesellschaft leben möchten, müssen wir auch aufklärerisch dafür kämpfen und deswegen freue ich mich, dass der Landtag weitere Mittel für Präventionsarbeit zur Verfügung gestellt hat.“

Mit Weitblick in die Zukunft – Games und Virtuell Reality

Die Games Branche ist eine der innovativsten Branchen aus dem Bereich der Kreativwirtschaft. Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen werden in Zukunft Medienprojekte im Bereich Games und Webvideo stärker fördern. Dazu sollen 100.000 Euro gezielt für die Einrichtung von Webvideo-Spaces zur Verfügung gestellt werden. Dies werden in ganz NRW verteilt sein, so dass aufstrebende Webvideokünstler vor Ort mit Know-How und Ausstattung unterstützt werden können.

Zusätzlich werden weitere 600.000 Euro dauerhaft für die Förderung innovativer Games- und 360 Grad-Projekte zu Verfügung gestellt. Diese beiden Fördermechanismen werden dazu beitragen, dass NRW auch weiterhin Innovationsland bleibt.

Straßeninfrastruktur gehört in staatliche Hand:

Schäubles Pläne zur Privatisierung der Bundesfernstraßen sind ein Irrweg

Straßeninfrastruktur gehört in staatliche Hand. Das schließt aber nicht aus, dass die vorhandenen Rechtsgrundlagen und Organisationsstrukturen über die Jahre an veränderte Bedarfslagen angepasst werden können und sollen. Das sind Dinge, die für uns in Nordrhein-Westfalen nicht neu sind.

So ist der Landesbetrieb Straßenbau.NRW seit Jahren durch eine Vielzahl von Neuorganisationen und Veränderungen gegangen. Dort haben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhebliche Anpassungsleistungen erbracht. Heute steht dieser Landesbetrieb als Landesstraßenbaubehörde des Landes mit seinen rund 6.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hervorragend da: Leistungsstark, effizient und engagiert, werden die anstehenden Aufgaben erledigt. So werden mit seiner Hilfe in unser Straßennetz allein im Jahr 2016 rund 1,1 Mrd. € investiert werden können. Das geschieht aus Sicht vieler anderer Bundesländer in beispielhafter Weise, was etwa die Transparenz angeht. Stichwort: Kosten- und Leistungsrechnung.

Zentralisierung ist kein Allheilmittel

So ist etwa das Argument, mit der Zentralisierung sei ein Automatismus für Effizienz gegeben, leicht zu entkräften. Die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes zeigt, dass über die Jahre Bundesmittel im Volumen von rund 920 Mio. € nicht verbaut werden konnten. Das hat den enormen Investitionsstau bei unseren Binnenwasserstraßen noch verschlimmert. Es kommt somit darauf an, das in den Ländern vorhandene know how und insbesondere die Kompetenzen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort zu nutzen.

Privatisierung ist ein Irrweg

Die Irrlichter des gescheiterten neoliberalen Projektes „Privat vor Staat“ sind noch nicht gebannt! Anders ist es nicht zu verstehen, dass Bundesfinanzminister Schäuble (CDU) die Beteiligung privaten Kapitals an der geplanten Infrastrukturgesellschaft Verkehr zum Ziel hat. Was aber konkret ist die Interessenlage? Privates Kapital wird da investiert, wo auch Renditen erwartet werden. Wenn der Erhalt und Ausbau unseres Bundesfernstraßennetzes aber Renditen erbringen soll, stellt sich die Frage, wo diese herkommen sollen? Mit Blick auf die Maut-Pläne von Bundesverkehrsminister Dobrindt (CSU) ist diese Frage leicht zu beantworten. So ist es auch nicht verwunderlich, dass der Bundesrechnungshof in Person von Präsident Scheller deutliche Vorbehalte gegen die Beteiligung privaten Kapitals öffentlich gemacht hat. Warum sollten Maut-Zahler die Anlageerwartungen privater Kapitaleigner finanzieren? Warum den Erhalt und Ausbau des Bundesfernstraßennetzes unnötig verteuern, nur um Renditeerwartungen Dritter zu erfüllen? Eine Alternative zu diesem Modell gibt es. Die sogenannte „Bodewig-Kommission“ des ehemaligen Bundesverkehrsministers Kurt Bodewig hat im Auftrag der Landesverkehrsministerkonferenz dazu zahlreiche Handlungsempfehlungen gemacht, die nach wie vor sinnvoll sind.

ÖPP in jedem Einzelfall detailliert prüfen

Zur Privatisierungsdebatte gehört auch die Diskussion um Öffentlich-Private-Partnerschaften. Ein Allheilmittel sind auch diese nicht. Situativ muss – schon aus haushaltsrechtlichen Gründen – detailliert geprüft werden, ob im Einzelfall die ÖPP-Beschaffungsvariante für den Staat günstiger ist. Dagegen spricht nichts. Das ist keine Verteufelung von ÖPP, sondern verantwortungsbewusster Umgang mit öffentlichen Mitteln. Darüber hinaus muss klar sein, dass es auch bei ÖPP faire Chancen für den Betriebsdienst des Landesbetriebs und den regionalen Mittelstand geben muss. Ein „closed shop“ für die großen Straßenbaukonzerne darf ÖPP nicht sein.

Unveräußerliches Eigentum

Die Einigung von Bund und Ländern zur Schaffung einer Infrastrukturgesellschaft Verkehr lässt viele Fragen offen. Klar ist bislang nur, dass es einen Konsens gibt, was organisatorische Schritte für eine verbesserte Steuerung von Investitionen des Bundes angeht. Dazu sind wiederum detaillierte juristische Prüfungen notwendig. So ist beispielweise umstritten, ob die im Wege des Bund-Länder-Kompromisses gefundenen Formel: „Es soll eine unter staatlicher Regelung stehende privatrechtlich organisierte Infrastrukturgesellschaft eingesetzt und das unveräußerliche Eigentum des Bundes an Autobahnen und Straßen im Grundgesetz festgeschrieben werden“, ausreichend ist. Aus fachlicher Sicht bestehen Zweifel, denn eine vollständige Privatisierung der Gesellschaft wäre unter diesen Bedingungen trotzdem noch möglich. Das aber, ist mit der SPD nicht zu machen!

Die Grundgesetzänderung als Sicherungsschranke

Einen Rückwärtsgang in das gescheiterte neoliberale Projekt „Privat vor Staat“ darf es nicht geben. Im Kern ist also erhöhte Vorsicht geboten, was die weiteren Verhandlungen der Länder mit dem Bund angeht. Hierbei bietet die notwendige Grundgesetzänderung eine wichtige Sicherheitsschranke. Denn nur mit einer klaren Mehrheit der Bund esländer ist eine Grundgesetzänderung zu verwirklichen.

Für uns Sozialdemokraten gilt:

1. Wir wollen eine Infrastrukturgesellschaft Verkehr des Bundes nur als schlanke Organisation, die die Landesstraßenbetriebe der Länder lebensfähig erhält.
2. Wir werden keine „Katze im Sack“ kaufen. Das heißt, wir werden unsere Zustimmung zu einer Grundgesetzänderung davon abhängig machen, dass der Bund seine Pläne bereits im Vorfeld transparent und detailliert auf den Tisch legt, bevor eine Entscheidung fällt.
3. Wir treten für einen transparenten und zeitlich überschaubaren Transformationsprozess ein, bei dem die Sicherheit der Beschäftigten in den Landesstraßenbaubehörden der Länder zu beachten ist. Ein Gezerre auf dem Rücken der Beschäftigten und zu Lasten ihrer beruflichen Perspektiven darf es nicht geben.

Welt-Aids-Tag



Bild: Jochen Ott, Ingrid Hack, Lisa Steinmann, Andreas Kossiski, Gabriele Hammelrath, stellvertretend für die 7 Kölner SPD-Abgeordneten

Wir Kölner SPD-MdL konnten wegen der Haushaltsberatungen im Plenum am 1.12. nicht bei der zentralen Aktion der Aidshilfe Köln auf der Schildergasse dabei sein. Wir schicken solidarische Grüße!

Anlässlich des 01.12. 2016 erinnern wir wieder an die wichtige Arbeit der Aidshilfe Köln und danken allen, die ehren- und hauptamtlich die Beratungs- und Präventionsarbeit vorantreiben.

Die Kölner SPD Landtagsabgeordneten - Wer ist zuständig für welche Fragen?

Falls Sie einmal eine weitergehende Frage haben sollten, wenden Sie sich gerne an unsere Abgeordneten persönlich. Bei allgemeinen Fragen wenden Sie sich bitte an das Gemeinschaftsbüro der Landtagsabgeordneten in der Magnusstraße 18b unter 0221- 99 55 99 74 oder per Mail an unsere Mitarbeiterinnen Judith Silbernagel (judith.silbernagel@landtag.nrw.de) oder Greta Schroers (greta.schroers@landtag.nrw.de)

Martin Börschel:

Verfassungskommission, Haushalts- und Finanzausschuss, stv. Vorsitzender PUA Silvesternacht 2015

Mail: martin.boerschel@landtag.nrw.de

Stephan Gatter:

Sprecher Haushaltskontrolle, Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Hauptausschuss, stv. Mitglied PUA Silvesternacht 2015

Mail: stephan.gatter@landtag.nrw.de

Ingrid Hack:

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend und stv. Vorsitzende des Integrationsausschuss - darüber hinaus ordentliches Mitglied im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss für Bauvorhaben unter Leitung des Bau- und Liegenschaftsbetriebes NRW, Vorsitzende Enquetekommission Zukunft der Familienpolitik in NRW

Mail: ingrid.hack@landtag.nrw.de

Gabriele Hammelrath:

Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung und Ausschuss für Schule und Weiterbildung

Mail: gabriele.hammelrath@landtag.nrw.de

Andreas Kossiski:

Stv. Vorsitzender Innenausschuss und Mitglied des Sportausschusses, Verfassungskommission, SPD-Obmann NSU-Untersuchungsausschuss

Mail: andreas.kossiski@landtag.nrw.de

Jochen Ott:

Stv. Vorsitzender der Fraktion und dort zuständig für den Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr sowie für den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Mail: jochen.ott@landtag.nrw.de

Lisa Steinmann:

Ausschüsse Kultur & Medien, Kommunalpolitik (stellv. Sprecherin) und Hauptausschuss, Vorsitzende der Ehrenamtskommission

Mail: lisa.steinmann@landtag.nrw.de